

Nur die erste Etappe ist gemeistert

VON KIRSTEN BIALDIGA

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und andernorts sind besser durch das erste Jahr der Pandemie gekommen, als zu erwarten war. Allerdings nur wegen der großzügigen Hilfspakete von Bund und Ländern, wie die Bertelsmann-Stiftung errechnet hat. Diese Finanzspritzen haben also ihre Wirkung nicht verfehlt. Und so soll es auch sein: In einer Jahrhundertkrise wie dieser müssen Bund und Länder Reserven auflösen, damit das Leben in den Städten und Gemeinden weitergehen kann. Ohne diese Unterstützung wären die Kommunen nicht nur in NRW reihenweise handlungsunfähig geworden. Sie hätten auf die wegbrechenden Steuereinnahmen mit Haushaltssperren, Nachtrags Haushalten oder Sparkonzepten reagieren müssen; Investitionen wären ganz auf der Strecke geblieben. Das hätte jeder Bürger unmittelbar zu spüren bekommen – neben den Zumutungen durch die Pandemie.

Positiv hervorzuheben ist dabei, dass von den Hilfspaketen auch die besonders finanzschwachen Stärkungspakt-Kommunen profitierten. Dass also die Hilfen von Bund und Ländern nicht dazu beitrugen, die sozialen Unterschiede zwischen den Kommunen noch zu vergrößern.

Prekär bleibt die Lage vieler nordrhein-westfälischer Kommunen dennoch. Zumindest für die Jahre 2021 und 2022 drohen hohe Defizite. Wie hoch, ist entscheidend von der Dauer der Pandemie abhängig und davon, ob die Kommunen investieren können. Nur wenn Städte, Kreise und Gemeinden genug Geld haben, um Straßen, Theater oder Schulen zu bauen, können die lokale Industrie und das Handwerk wieder in Schwung kommen. Dazu müssen Bund und Land wohl noch einmal wenigstens für die kommenden zwei Jahre ihre Schatullen öffnen. Tun sie es nicht, könnten die sozialen Folgekosten deutlich höher ausfallen.

BERICHT STÄDTE MACHEN PLUS DANK CORONA-HILFE, TITELSEITE

Der Denkfehler der Bundesregierung

VON MARTIN KESSLER

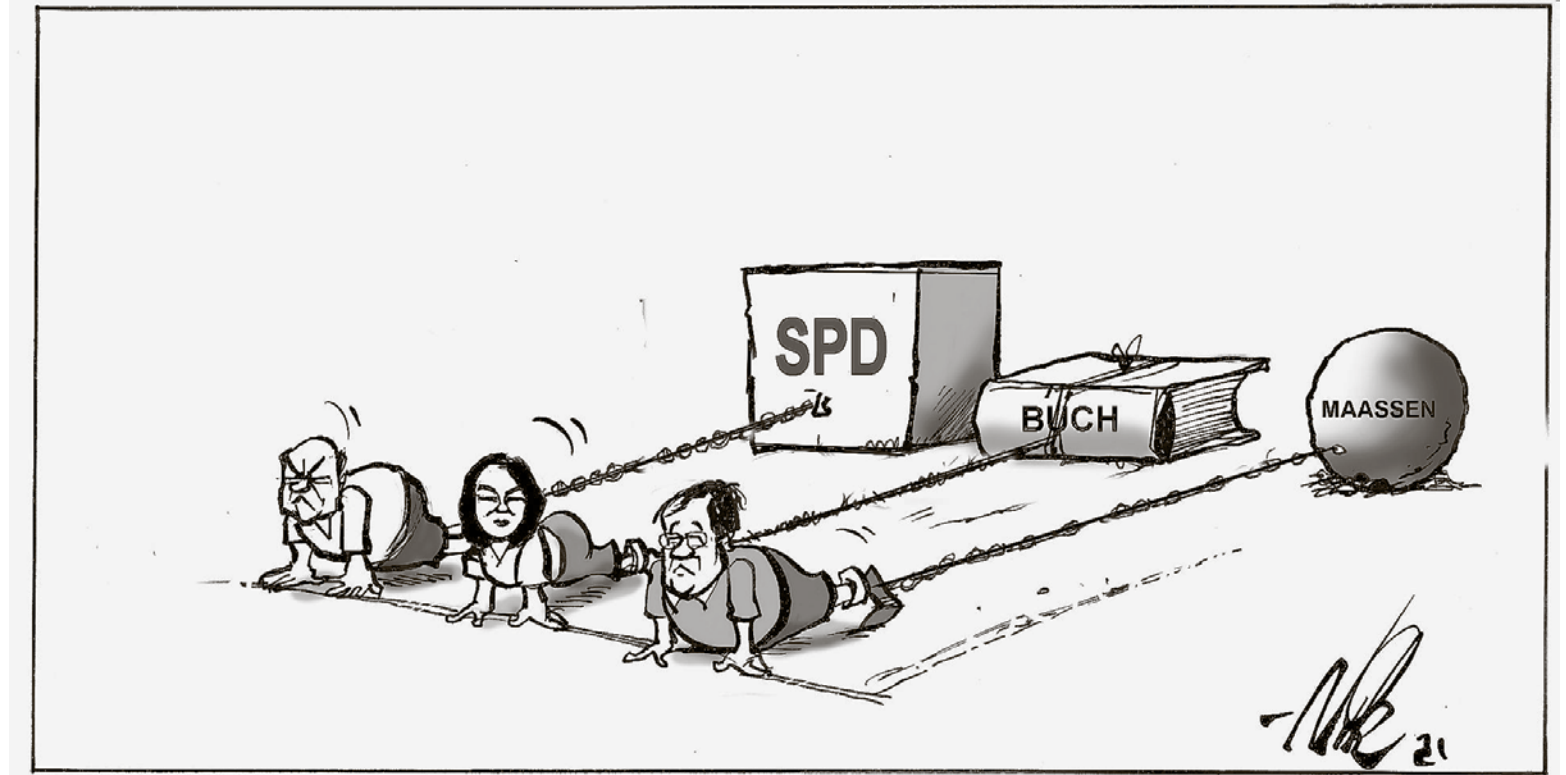
Die politischen Prioritäten bei der Corona-Bekämpfung sind eindeutig, wenn auch nicht immer verständlich. An oberster Stelle steht die Offenhaltung der Grenzen, egal wie ansteckend eine mögliche Virusvariante ausfällt. Fast ebenso hoch ist die Wertigkeit des Datenschutzes, selbst wenn die Verbreitung des Erregers nur unzureichend nachverfolgt werden kann. Ob in Schulen hingegen Präsenzunterricht in jedem Fall ermöglicht wird, gilt als nicht so wichtig.

Nur so ist die deutsche Entscheidung zu verstehen, trotz rasant steigender Inzidenzen in Großbritannien, Russland oder Portugal den Reiseverkehr mit diesen Ländern deutlich zu lockern. In allen drei Staaten wäre nach deutschen Maßstäben längst die Bundesnotbremse gezogen worden. Doch offene Grenzen und der ungehinderte Warenaustausch sind für die Politik von höherer Bedeutung als der Schutz der eigenen Bevölkerung. Die Begründung für die Rückstufung dieser Länder vom Virusvarianten-Staat zum Hochinzidenzgebiet (aus der Quarantäne kann man sich nach Rückkehr freitesten), ist bezeichnend. Die hochansteckende Delta-Variante sei in Deutschland inzwischen so verbreitet, dass verschärfte Grenzbestimmungen nichts mehr bringen, heißt es. Der Denkfehler ist klar: Das Virus mag sich in Deutschland jetzt wieder schneller verbreiten. Wenn aber neue Infektionsherde hinzukommen, nimmt das Ansteckungsgeschehen erheblich an Fahrt auf. Und die Wege des Virus nachzuvollziehen, wird vollends unmöglich.

Sehenden Auges trägt die Bundesregierung dazu bei, dass es beschleunigt zu einer vierten Welle kommt. Sollte die trotz des Impffortschritts dann erneut zu schärferen Kontaktbeschränkungen führen, hätten am Ende sicher wieder die Schülerinnen und Schüler den Nachteil.

BERICHT LEICHTERE EINREISE TROTZ DELTA, POLITIK

Impressum RP



BREMSKLÖTZE

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Die Nato und die Ukraine halten das Manöver „Sea Breeze“ ab. Das empört Russland. Keine der beiden Seiten versucht zu deeskalieren, im Gegenteil. Das ist gefährlich in einer Region, in der Macht mehr zählt als Recht.

Konfrontation im Schwarzen Meer

VON ULRICH KRÖKEL

Man könnte auch beschwichtigen. Man könnte versuchen zu beruhigen. Schließlich halten die Nato und die Ukraine das Marine-Manöver „Sea Breeze“ („Meeresbrise“) seit 1997 im Schwarzen Meer ab. Jahr für Jahr. Es ist also eigentlich Routine, was derzeit in den Gewässern vor Odessa passiert: 30 Kriegsschiffe, 40 Kampfflugzeuge, 18 Spezialeinheiten und 5000 Soldaten aus 32 meist westlichen Staaten testen ihre Fähigkeiten. Eine Übung, mehr nicht. Könnte man sagen.

Das sagt aber niemand. Niemand versucht zu deeskalieren. Im Gegenteil. Es geht darum, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin „seinen Platz zu zeigen“, tönt es aus Kiew. Gemeint sind eher die hinteren Reihen. Der Kreml kontert natürlich. Regierungsvertreter warnen den Westen in diesen Tagen immer wieder davor, das „Schicksal herauszufordern“.

So sagt es Verteidigungsminister Sergej Schoigu. Es ist eine kaum verhüllte Drohung. Schließlich haben russische Kampfflotten dem britischen Zerstörer „HMS Defender“ erst kürzlich ein paar Bomben vor den Bug gesetzt, um ihn zu einer Kurskorrektur zu zwingen. Wenig später fliegt Moskaus Luftwaffe Scheinangriffe auf eine niederländische Fregatte. Man trainiere Raketen- und Bombenangriffe gegen Schiffe eines „fiktiven Gegners“, teilt die russische Schwarzmeerflotte am Wochenende mit. Internationale Militärexperten gehen davon aus, dass das noch eine Weile so weitergehen wird. Mindestens bis zum Ende der zentralen Übungen von „Sea Breeze“ am kommenden Sonntag. Danach halten die Ukraine und die Nato noch rund zwei Wochen lang kleinere Folgeübungen ab. Die Gefahr der Eskalation bleibt also bis Ende Juli bestehen.

„Wir hätten doch nicht gleich am Rand des Dritten Weltkriegs gestanden“

Wladimir Putin über eine mögliche Versenkung der britischen „HMS Defender“

Den einzigen, allerdings doppelbödigen Beschwichtigungsversuch unternimmt Putin persönlich. Gefragt nach den Warnschüssen auf die „HMS Defender“, sagt der Kremlchef: „Selbst wenn wir dieses Schiff versenkt hätten, hätten wir doch nicht gleich am Rand des Dritten Weltkriegs gestanden.“ Indirekt setzt er damit die Einsatzschwelle für ein mögliches Schiffsversenken herab. Hochrangige Nato-Militärs sind aber kaum weniger zimperlich. „Wir zeigen der Welt, dass das Schwarze Meer allen Nationen für Handel und Schifffahrt offensteht“, erklärt Kapitän Kyle Gant, der den Lenkwrappen-Zerstörer „USS Ross“ kommandiert. Soll heißen: Ob die Russen die Gewässer rund um die Krim zu ihrem Hoheitsgebiet erklären oder nicht, spielt für uns keine Rolle.

Genau darum geht es im Kern. Seit der Eroberung und Annexion der Krim 2014 beansprucht Russland nicht nur die volle Souveränität auf der Halbinsel, sondern ebenso in der sogenannten Zwölf-Meilen-Zone vor den Küsten. So sieht es im Prinzip auch das Seevölkerrecht vor. Demnach liegt die Regel die völkerrechtliche Anerkennung der Territorialansprüche voraus. Und die ist im Fall der Krim nicht gegeben. Ein überwältigender Teil der Weltgemeinschaft hält die russische Annexion der Halbinsel für illegal. Weltweit haben sich in dieser Frage nur rund zehn Staaten an die Seite Moskaus gestellt, darunter Nordkorea, Syrien und Venezuela.

Kurz vor Beginn des „Sea Breeze“-Manövers formuliert Putin die russische Sicht noch einmal in einem Gastbeitrag für die deutsche „Zeit“. Die EU und die USA hätten 2014 in der Ukraine einen „bewaffneten verfassungswidrigen Staatsstreich“ unterstützt, behauptet er.

INFO

Die Interessen und Konflikte in der Region

Grundsatz Die USA sehen die Ukraine als strategischen Partner. Präsident Joe Biden bekräftigte das jüngst. Wenige Tage vor dem Gipfel mit Wladimir Putin kündigte das Pentagon weitere 150 Millionen Dollar Militärhilfe für die Ukraine an.

Spannungen Der Ton zwischen Moskau und westlichen Staaten ist seit dem Frühjahr noch einmal schärfer geworden. Im April hatten russische und ukrainische Truppenaufmärsche nahe des Konfliktgebiets Ostukraine Sorge ausgelöst, dass der seit Jahren andauernde Konflikt zwischen Russland und der Ukraine erneut eskalieren könnte. Im Frühjahr wollten die USA Kriegsschiffe ins Schwarze Meer schicken, nahmen aber nach massiver Kritik aus Russland Abstand.

Separatismus Seit etwa sieben Jahren werden Teile der ostukrainischen Gebiete Donezk und Luhansk von moskautreuen Aufständischen kontrolliert. Nach UN-Schätzungen sind seit Beginn des Konflikts 2014 mehr als 13.000 Menschen getötet worden. Ein 2015 vereinbarter Friedensplan unter deutscher und französischer Beteiligung liegt auf Eis.



Und weiter: „Wozu war das nötig? Der damals amtierende Präsident Viktor Janukowitsch hatte ja bereits alle Forderungen der Opposition akzeptiert. Warum organisierten die USA diesen Staatsstreich und unterstützten die EU-Staaten ihn willenlos und provozierten somit die Spaltung innerhalb der Ukraine und den Austritt der Krim aus dem ukrainischen Staat?“

Der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow ergänzt wenig später, die Frage der Zugehörigkeit der Halbinsel zu Russland sei „ein für allemal entschieden“. Die Nato erklärt fast gleichzeitig: „Wir erkennen die illegale und illegitime Annexion der Krim durch Russland nicht an und werden dies auch künftig nicht tun.“ Internationaler Streitpunkt ist nicht zuletzt das Krim-Referendum vom 16. März 2014, als nach Moskauer Angaben 95,5 Prozent der Teilnehmer für einen Austritt aus dem ukrainischen Staatsverband und eine „Wiedervereinigung mit Russland“ votierten. Allerdings fand die Abstimmung im Eiltempo, ohne die Einbeziehung der Ukraine und unter Überwachung russischer Soldaten statt, die auch Gewalt ausübten. Sie war klar völkerrechtswidrig. So zumindest sehen es internationale die meisten Fachleute.

Das aber ändert nichts an dem Moskauer Machtanspruch, den das russische Militär auch immer wieder demonstriert. So enterten Spezialeinheiten des Geheimdienstes FSB 2018 in der Straße von Kertsch einen ukrainischen Schlepper und zwei Patrouillenboote, inhaftierten die Besatzungsmitglieder und setzten die drei Schiffe fest. Die Meerenge verbindet das Schwarze mit dem Asowschen Meer. Das Seevölkerrecht garantiert dort freie Durchfahrt für den Schiffsverkehr, unabhängig von der Zwölf-Meilen-Zone. Doch in der Region geht es eben seit 2014 mehr um Macht als um Recht. Und deshalb fragen sich in diesen Tagen russische und westliche Kommentatoren fast wortgleich, ob sich die „Meeresbrise“ noch zu einem Sturm auswachsen wird.

WISSENSDRANG

In einer „Spiegel“-Umfrage gaben kürzlich mehr als 80 Prozent an, sie hielten neue Lockdown-Maßnahmen im Herbst für wahrscheinlich. Kein Wunder: Immer neue Nachrichten von weiteren gefährlichen Mutationen befördern einen Zustand der Dauerängstlichkeit, in der sich alles nur noch um den Gesundheitsschutz dreht. Verängstigte Bürger wiederum motivieren Politiker, sich mit neuen Lockdowns beliebt zu machen. Wir müssen hier wieder herausfinden, sonst riskieren wir die Zukunft der Kinder. Tatsache ist, dass wir Corona in nächster Zukunft nicht loswerden. Es bleibt uns gar nichts übrig, als uns an die Epidemie als Normalität in unserem Leben zu gewöhnen. Aber mancher scheint die Krankheit wie eine archaische Gottesstrafe zu

Zeit zum Umdenken

Wir müssen aus der schädlichen Dauerängstlichkeit vor Corona herausfinden.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

betrachten, die erst von uns genommen werden wird, wenn wir hinreichend Buße getan, auf allen Frohsinn verzichtet – und auch noch die Kinder geopfert haben. Auch an das nicht geringe Risiko, im Straßenverkehr zu sterben, haben wir uns gewöhnt – mit vernünftigen Vorsichtsmaßnahmen. Wenn die Inzidenz im Winter wieder steigen wird, sind heftige Verlaufsformen viel leichter kontrollierbar als zu Beginn der Epidemie. Aufgrund des jetzigen Wissens und der verfügbaren Impfstoffe können wir die Corona-Risiken medizinisch und technisch effektiv abschwächen. Es wäre unverhältnismäßig, durch die Brachialmethode der Stilllegung des sozialen Lebens und der Schulen einen kleinen Prozentsatz der Bevölkerung vor einem möglichen

Krankenhausaufenthalt zu bewahren, während ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen aus nicht-privilegierten Kontexten ohne Unterricht, soziales Leben und Sport intellektuell, emotional und körperlich verwahrlost. Daher muss jetzt in die Schulen investiert werden, um sie möglichst sicher zu machen, etwa durch Einbau von Luftfiltern. Hier zu sparen, um dann bei steigender Inzidenz wieder auf Online-Unterricht umzusteigen, wäre unverantwortlich. Online-Unterricht klappt bei Studierenden, nicht bei Kindern und Jugendlichen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.